

Vereinigung der Juristen der DDR: gesellschaftliche Organisation, am 30. 12. 1948 als Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands in Berlin gegründet. Sie vereint auf freiwilliger Grundlage die Juristen der DDR aus allen Tätigkeitsbereichen zur gemeinsamen aktiven Teilnahme an der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Die V. tritt für die Festigung und Stärkung der DDR, insbesondere für die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und Rechtsordnung, und für die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit ein und trägt zur Festigung des sozialistischen Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger der DDR bei. Grundlegendes Organisationsprinzip der V. ist der demokratische Zentralismus. Ein von der zentralen Delegiertenkonferenz, die alle fünf Jahre stattfindet, gewählter Zentralvorstand leitet die Tätigkeit in den Bezirks- und Kreisgruppen an. Präsident: Dr. H. Toeplitz; Generalsekretär: Dr. U. Roehl. Die V. ist sei ihrer Gründung Mitglied der → *Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen*.

Vereinigungsparteitag von KPD und SPD: stattgefunden am 21./22.

4. 1946 in der Deutschen Staatsoper (Admiralpalast) in Berlin. Der V. war von historischer Bedeutung. Nachdem die Mitglieder der —\*■ *Kommunistischen Partei Deutschlands* und der → *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* bzw. ihre Delegierten bereits im März/Apr. 1946 in den Grundorganisationen, Kreisen und Ländern sowie auf dem 15. Parteitag der KPD und dem 40. Parteitag der SPD (19./20. 4. 1946) über die Vereinigung und den Entwurf der „Grundsätze und Ziele der SED“ beraten und Beschlüsse über die Vereinigung beider Parteien gefaßt hatten, wurde der V. zum Höhepunkt des Vereinigungsprozesses, an ihm nahmen 1055 Delegierte (KPD: 507,

SPD: 548), davon 230 aus den westlichen Besatzungszonen, teil. Die Delegierten aus der Sowjetischen Besatzungszone vertraten 1 298 415 Parteimitglieder der KPD und der SPD. Die grundlegenden Referate zu dem Thema „Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands“ hielten W. Pieck und O. Grotewohl. Pieck zog eine Bilanz des jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse, besonders des Vereinigungsprozesses. Er wies nach, wie im gemeinsamen Klassenkampf die politisch-ideologischen Voraussetzungen für die Vereinigung auf der Grundlage des → *wissenschaftlichen Kommunismus* entstanden waren, und begründete die große Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer einheitlichen Partei beim demokratischen Neuaufbau und im Ringen um die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Grotewohl erläuterte die Aufgaben der Arbeiterklasse beim demokratischen Neuaufbau. Er setzte sich mit dem Antisowjetismus und der gegen die Vereinigung gerichteten Politik der rechten sozialdemokratischen Führer auseinander und betonte, daß mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen der Weg für den Sozialismus frei gemacht wird. Der V. stimmte den Referaten zu, beschloß einstimmig die „Grundsätze und Ziele der SED“ und das Manifest an das deutsche Volk. Das Parteistatut wurde mit 21 Gegenstimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Höhepunkt des V. war der einstimmige Beschluß über die Vereinigung von KPD und SPD zur → *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. In den Parteivorstand der SED wurden 80 Mitglieder, davon 20 aus den Westzonen, gewählt. Als gleichberechtigte Vorsitzende wurden O. Grotewohl und W. Pieck gewählt. Der V. stellte die Weichen für die Zukunft. Er gab der SED ein Programm, das auf den marxistischen Programmen der deutschen Arbeiterbewegung